

Langfassung-des Offenen Aufrufs

An die Fraktionen im
Landtag Nordrhein-Westfalen

Xanten, 08. 12.2025

Betreff: Politisches Handeln jetzt zwingend erforderlich – Akute Gefahrenlage durch Bergbausenken am Niederrhein / Bitte um Unterstützung unseres **Offenen Aufrufs** an Ministerpräsident Wüst vom 26.12.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Fraktionsvorsitzende,

am linken Niederrhein hat sich über Jahrzehnte hinweg eine Gefahrenlage von nationaler Tragweite aufgebaut, deren Eintrittswahrscheinlichkeit durch fortgesetztes politisches Zuwarten stetig weiter erhöht wird. Mehr als 500.000 Menschen leben heute in einem Gebiet, das durch aktive Bergbausenkungen, dauerhafte Grundwasserabsenkungen, Deichüberströmung und -hinterströmung, überlastete Entwässerungssysteme sowie zunehmende Starkregenereignisse strukturell hochgefährdet ist. Bereits eine Hochrechnung aus dem Jahr 2000 bezifferte den potenziellen Gesamtschaden auf über 200 Mrd. Euro – ohne Berücksichtigung der seither massiv beschleunigten Klimarisiken*.

Diese Situation haben wir in einem **Offenen Aufruf an Ministerpräsident Hendrik Wüst** zusammengefasst, den wir Ihnen mit diesem Schreiben offiziell zur Kenntnis geben. Darin dokumentieren wir die seit Jahrzehnten bekannten Risiken ebenso wie die aktuelle dramatische Zuspitzung durch fortgesetzten Salzbergbau und tiefgreifende Eingriffe in das Deich- und Entwässerungssystem.

Es liegt **kein Erkenntnisproblem**, sondern ein **seit Jahren politisch verantwortetes Umsetzungsversagen** vor. Spätestens seit den MUNLV-Studien von 2000/2004*, den EU-Hochwasserrichtlinien sowie den fortlaufenden Warnungen von Fachbehörden, Katastrophenschutz und LINEG ist die Gefahrenlage eindeutig belegt. Dass dennoch bis heute keine wirksame strukturelle Risikovorsorge umgesetzt wurde, stellt ein erhebliches politisches und haftungsrechtliches Risiko dar.

In unserer **Petition an den Petitionsausschuss des Landtags NRW (18-P-2025-16171-00)** haben wir zudem die seit Jahrzehnten überfällige Anpassung des Bundesberggesetzes dargelegt. Besonders schwer wiegt die fortgesetzte Praxis von **Ausnahmegenehmigungen nach § 8 Abs. 5 Klimaanpassungsgesetz sowie nach dem Bundesberggesetz**, mit denen der Salzabbau bis 2050 in einem hochgefährdeten Überflutungsgebiet weiterhin ermöglicht wird.

Besonders alarmierend sind insbesondere:

- die absehbare perspektivische **Unbewohnbarkeit weiter Teile des linksrheinischen Siedlungs- und Wirtschaftsraums**,
- das **Fehlen einer ausdrücklichen Bewertung bergbaubedingter Risiken** in den maßgeblichen Studien*,
- der bis 2050 genehmigte Salzbergbau mit **Senkungswirkungen bis weit nach 2200**,
- der **Salzabbau unmittelbar unter dem Banndeich**,
- der geplante Umbau eines rheinernen Deiches zu einem rund **fünf Meter hohen, spundwandgestützten Staudamm**,
- Fachszenarien mit **möglichen Einstauhöhen bis zu zehn Metern**,
- sowie die bereits heute erkennbare **strukturelle Überforderung der Entwässerungs- und Hochwasserschutzsysteme**.

Die Ahrtal-Katastrophe hat in aller Deutlichkeit gezeigt, welche Folgen es hat, wenn bekannte Risiken politisch ignoriert, relativiert oder vertagt werden. Am Niederrhein ist ein vergleichbares – in seiner räumlichen Dimension möglicherweise deutlich größeres – Schadensszenario realistisch. Ein weiteres politisches „Aussitzen“ würde die Verantwortung für absehbare Schäden künftig auf die heutige Entscheidungsebene verlagern.

Die Erfahrungen aus dem Ahrtal haben zudem in aller Deutlichkeit gezeigt, dass politisches Handeln – ebenso wie politisches Unterlassen – nicht nur eine moralische, sondern eine konkret haftungsrechtliche Dimension entfalten kann.

Sobald eine erkannte Gefahrenlage fortbesteht und trotz gesicherter Erkenntnisse keine wirksamen Abwehr- und Vorsorgemaßnahmen eingeleitet werden, rückt die Frage einer **Amtspflichtverletzung, eines Organisationsverschuldens sowie staatlicher Haftung** zwingend in den Raum.

Vor diesem Hintergrund kommt den heute politisch Verantwortlichen eine besondere Pflicht zur **aktiven Gefahrenabwehr, rechtzeitigen Vorsorge und Gesetzesfortentwicklung** zu. Ein weiteres Zuwarten trotz dokumentierter Risiken würde die spätere **Zurechnung vermeidbarer Schäden** erheblich verschärfen.

Wir fordern Sie daher mit allem Nachdruck auf:

1. unseren Offenen Aufruf an den Ministerpräsidenten aktiv und öffentlich politisch zu unterstützen,
2. das Thema unverzüglich fraktionsübergreifend auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen,
3. eine **regionale Neubewertung des Salzbergbaus unter Gefahrenabwehrgesichtspunkten** einzuleiten,
4. eine **unverzügliche Anpassung des Bundesberggesetzes sowie des Klimaanpassungsgesetzes** mit verbindlichen landesweit einheitlichen Schutzkriterien zu initiieren,
5. und eine **unabhängige, transparente Risiko-, Haftungs- und Folgekostenbewertung** für die gesamte betroffene Region zu veranlassen.

Es geht nicht um Einzelinteressen, sondern um den **verfassungsrechtlichen Schutz von Leben und Gesundheit**, um Wohnraum, kritische Infrastruktur, Trinkwasserressourcen und um die wirtschaftliche Existenz einer gesamten Region. Jede weitere Verzögerung erhöht die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Großschadensereignisses – und damit auch die politische, rechtliche und finanzielle Verantwortung der Entscheidungsträger.

Wir erwarten daher eine **klare politische Positionierung** Ihrer Fraktionen zu diesem Thema. Schweigen oder weiteres Zuwarten würde angesichts der bekannten Risikolage faktisch einer bewussten Inkaufnahme gravierender Schadensfolgen gleichkommen.

Für Gespräche stehen wir jederzeit zur Verfügung. Angesichts der Dringlichkeit bitten wir jedoch um eine **zeitnahe und substanzielle Rückmeldung**.

In Verantwortung für Mensch und Region –

Ihr HWS-Team in der Schulterschluss-Gruppe vom linken Niederrhein

Hans-Peter Feldmann

Zur Wassermühle 45, 46509 Xanten

02801-6584 - info@nr-feldmann.de - www.nr-feldmann.de

Info zur Sachlage „[Rheinische Reflexionen](#)“ [Buch-Bewertung](#)

* Studie aus dem Jahr 2000 „Potenzielle Hochwasserschäden am Rhein in NRW“ sowie die Studie von 2004 „Grenzüberschreitende Auswirkungen von extremem Hochwasser am Niederrhein“, in denen klimabedingte Zunahmen von Abflüssen und Starkregen noch nicht berücksichtigt wurden.

Anlagen:

- Offener Aufruf an MP Wüst
- Petition 18-P-2025-16171-00 an den Petitionsausschuss NRW
- Begleitender Schriftverkehr, Anlagen